Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 11

Artikel: Finanzkrise und Frauenmigration
Autor: Lanz, Anni
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390093

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anni Lanz

Finanzkrise und Frauenmigration

Heiner Busch und Balthasar Glättli von Solidarité sans frontières bezeichnen in ihrem Thesenpapier «Finanzkrise und Migration» (siehe www.sosf.ch) Migration aus Nicht-EU-Ländern als «migration jetable» oder «Wegwerfmigration»: Sobald sie den Zuwanderungsländern nicht mehr nütze, werde sie massiv eingeschränkt. Steige die Arbeitslosigkeit in den Zuwanderungsländern, steige sie bei den Nicht-EU-MigrantInnen in überdurchschnittlichem Masse, was vielfach zum Verlust deren Aufenthaltsbewilligungen führen könne.

Dass diese Feststellung sich vorwiegend auf die Migration von Männern beschränkt, und dass Migrantinnen anders betroffen sind, legt Anni Lanz im nachfolgenden Artikel dar: Frauen- und Migrantinnenjobs sind generell prekärer, aber auch tendenziell «krisenresistenter».

Kürzlich unterbreitete mir eine Politikerin einen Vorschlag für eine Sonderarbeitsbewilligung für Nicht-EU-MigrantInnen: Sie könnten hier als regulär Anwesende zu einem bestimmten Minimallohn rund um die Uhr eine betagte Person zu Hause betreuen. Solche Sonderaufenthaltsbewilligungen werden vermutlich künftig häufig zur Debatte stehen und uns eine «Win-win-Situation» zweier in Abhängigkeit stehender Menschenkategorien vorgaukeln: der von der fremdenpolizeilichen Aufenthaltsbewilligung abhängigen Betreuerinnen und der von der Betreuung abhängigen Betagten.

Solche problematischen Lösungsversuche in der Care-Krise werfen eine Reihe von care-ökonomischen Fragen auf. Die Wirtschafts- und Sozialkrise in den Süd- und Ostländern zwingen Migrantinnen dazu, in den Nordländern die Finanzierungslücke zu füllen, die der Staat durch seine Sparmassnahmen im Care-Bereich hinterlässt, also im Bereich der Erziehungs-, Bildungs-, Sozial- und Pflegearbeit. Sie ermöglichen in den Nordländern auch wenig begüterten Personen eine menschenwürdige Betreuung oder eine Entlastung bei der Care-Arbeit. Die Migrantinnen lassen allerdings ihrerseits häufig Angehörige – ihre Kinder, ihre Eltern – zurück, die auf Betreuung angewiesen sind.

Die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen zur Schaffung von tief bezahlten Care-Arbeitsstellen trägt zur Abwertung von Care-Arbeit insgesamt bei und lässt Ansprüche auf Lohngerechtigkeit und Arbeitsumverteilung ins Leere laufen.

Der Care-Arbeitsmarkt

Während in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise die Güterproduktion und diverse industrielle Dienstleistungen mangels Nachfrage schrumpfen, wächst die Nachfrage in der mehrheitlich weiblich besetzten Care-Ökonomie – und zwar nicht nur im informellen

Sektor. Laut einem Bericht im «Tages-Anzeiger» vom 25. April 2009 sind in den USA über fünf Millionen Stellen verloren gegangen, 80 Prozent davon waren solche von Männern. Auch in den Schweizer Statistiken lässt sich in abgeschwächter Form diese Tendenz beobachten. So verzeichneten Ende März 2009 die Beschäftigungszahl der Männer im Vergleich zum Vorjahr ein Nullwachstum; bei den Frauen betrug das Wachstum trotz Krise 1,4 Prozent. Das Baugewerbe fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent; das Gesundheitswesen hingegen stieg um 4 Prozent. Das Beschäftigungswachstum war im gleichen Zeitraum bei den AusländerInnen höher (+1,4%) als bei den SchweizerInnen (+0,4%) (Bundesamt für Statistik BFS, Medienmitteilung vom 16.5.09). Frauenjobs sind generell prekärer, aber auch tendenziell «krisenresistenter». Dies lässt sich zur Zeit zu beobachten, obwohl Unternehmen bei Kündigungen dazu neigen, zuerst Teilzeitbeschäftigte – mehrheitlich Frauen – zu entlassen.

Care-Arbeit (Erziehungs-, Bildungs-, Sozial- und Pflegearbeit) beruht auf zwischenmenschlicher Zuwendung und folgt einer anderen Logik als die Güterproduktion und der industrielle Dienstleistungssektor. In der Care-Ökonomie werden Leistungen erbracht, die für alle Gesellschaften und Wirtschaftssysteme lebenswichtig sind und auch Personen zugänglich sein müssen, die nicht dafür bezahlen können. Während ein Güterproduzent, ein Werbeprofi oder ein Finanzanalyst etc. kaum je in direkten Kontakt zum Produktabnehmer treten, beruht die Care-Ökonomie auf der unmittelbaren Interaktion zwischen Leistungserbringenden und Leistungsempfangenden.

Zudem: Care-Dienstleistungen beruhen oft auf einem mehr oder weniger starken Abhängigkeitsverhältnis, in welchem die Care-Empfangenden existentiell auf die menschliche Zuwendung der Care-Leistenden angewiesen sind, wie bei Kindern, Kranken und Betagten. Diejenige Care-Arbeit, auf die man ohne grosse Not verzichten kann, die also auf geringeren Abhängigkeitsverhältnissen beruht, ist grösseren Nachfrageschwankungen unterworfen und damit für weibliche Angestellte ungesicherter. So nahm Ende März 2009 die Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe vor allem bei

«Cure-Arbeit folgt einer anderen Logik als die Güterproduktion» (Foto: François Baer).

Frauen zu; das Beschäftigungswachstum fiel im Vorjahresvergleich um insgesamt 0.8 Prozent.

Die Anbieter und Käufer auf dem freien Markt hingegen, so die offizielle Wirtschaftstheorie, agieren als unabhängige, frei kalkulierende Individuen. Care-Leistungen auf der anderen Seite erfolgen in der Regel nicht nach gewinnmaximierenden Motiven. Der überwiegende Teil dieser Leistungen wird von Frauen erbracht, zu einem grossen Teil unbezahlt. Doch auch die bezahlten Care-Leistungen (familienergänzende Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheits- und Sozialbereich) sind

Der überwiegende Teil der Care-Leistungen wird von Frauen erbracht (Foto: Archiv Baer).

immens und wirtschaftlich sehr bedeutend. In diesem Wirtschaftssektor – sowohl im formellen wie im informellen – arbeiten besonders viele Frauen, und damit auch Migrantinnen.

Die Nachfrage steigt – auch bei denjenigen, die für die Leistungen nicht oder nur wenig bezahlen können. Es herrscht die unveränderte Vorstellung, dass diese Dienstleistungen fast nichts kosten dürfen. Exemplarisch ist dies im offiziellen Diskurs zur «Kostenexplosion» im Gesundheitswesen. Nach offizieller Messung (in der die Gratis- und Schwarzarbeit nicht enthalten ist) werden in der Schweiz 10,6 Prozent des Brutto-Inlandprodukts für das Gesundheitswesen ausgegeben, wobei der Staat nur 16,2 Prozent dieser Kosten trägt (2007, BFS). Um zu sparen, werden unter anderem die interaktiven Leistungen der Pflegenden zunehmend abgewertet und gekürzt.

Kaum beachtet wird die Tatsache, dass sich Care-Arbeit anders als die industrielle Güter- und Dienstleistungsproduktion nicht unbeschränkt rationalisieren lässt: Industrieprodukte können vielleicht in immer kürzerer Zeit hergestellt werden, aber Kinder beispielsweise lassen sich nicht immer schneller erziehen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb Care-Leistungen im Verhältnis zur industriellen Produktion teurer werden.

«Krisenresistenter» ist die Care-Ökonomie, weil die Nachfrage hier mehrheitlich überlebenswichtig ist und ihre Mechanismen nicht rein marktwirtschaftlich funktionieren. Doch auch die Care-Ökonomie kostet Geld. Und dieses droht ihr auszugehen, wenn die Steuerzuflüsse sinken.

Eine Krise in der Care-Ökonomie heisst, dass Menschen, die abhängig von der Care-Arbeit anderer sind, diese Care-Leistung nicht mehr erhalten, weil die Zeit und das Geld dazu fehlen. Diese Krise ist noch weit beängstigender und existentiell bedrohender, worauf die verbreitete Angst vor dem Alter und vor dem Verlust der eigenen Autonomie hindeutet.

Entwicklungen im Care-Bereich

Gemäss Prognosen der UNO wird im Jahr 2050 in den reichen Ländern jede dritte Person älter als 60 Jahre sein. Die Nachfrage im Care-Bereich wird von Einsparungen der öffentlichen Hand begleitet. Das heisst: Frauen werden mit zusätzlicher unbezahlter Mehrarbeit im Care-Bereich belastet. Dies heisst auch: Billige Arbeitskräfte, vorzugsweise aus Ländern mit tieferem Lohnniveau, werden als Entlastung gesucht. Auch die Care-Leistungen der Sans-Papiers, besonders von weiblichen, gewinnen an wirtschaftlicher Bedeutung, vor allem

wenn die Altersrenten sinken. Der Auswanderungsdruck in den armen Ländern wird sich noch stärker auf weibliche Familienangehörige verlagern, was die Feminisierung der Migration vorantreibt.

Da in der Schweiz die Pflegeversicherung nur – und zunehmend ungenügend – den Pflegeaufwand abdeckt, nicht aber die Betreuungskosten wie beispielsweise Haushaltshilfe oder Spazierengehen, wird hier die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften steigen. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, als frühere Subventionen der AHV für die Haushaltspflege der Spitex gestrichen wurden. Die Spitex-Hauspflegedienste sind teurer als die privaten Homecare-Angebote, in denen zum grossen Teil Migrantinnen angestellt sind.

Gemäss den Betriebszählungen des Bundesamtes für Statistik für den Zeitraum von 1995 bis 2005 stieg der Anteil ausländischer Beschäftigter im Gesundheitssektor schneller (+2,9%) als der der schweizerischen (+2,4%), vor allem im ambulanten Bereich (+3,7%). Es ist davon auszugehen, dass ihr Wachstum auch in den sozialmedizinischen Institutionen wie Pflegeheimen seit 2005 stark zugenommen hat und noch zunehmen wird. Während der Frauenanteil im Pflegebereich traditionell sehr hoch ist, ist die Feminisierung der Ärzteschaft in dieser Zeitperiode bemerkenswert. 2005 betrug der Anteil Frauen 32,9 Prozent, 2008 bereits 34.6 Prozent. Ungefähr gleich gross ist der Ausländeranteil (FMH-Statistik, «Tages-Anzeiger» vom 21.9.09).

Im Jahr 2006 waren in der Schweiz von 13 erwerbstätigen Personen mindestens eine im Gesundheitsbereich beschäftigt (insgesamt 330 000 Personen), davon waren 80 Prozent Frauen und 19 Prozent AusländerInnen. In den Spitälern betrug der Anteil ausländischer Erwerbstätiger gar 34 Prozent. Noch deutlicher ist das Verhältnis in den Pflegezentren: In der Stadt Zürich liegt der Ausländeranteil des Pflegepersonals bei 35 Prozent, mehrheitlich handelkt es sich um Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und an zweiter Stelle aus Deutschland (Curaviva 3/2008).

Aufgrund einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (www.obsan.ch) müssten allein in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Diensten – trotz der oft fragwürdigen Verkürzung der Hospitalisationsdauer – bis 2020 in der Schweiz 25 000 Personen zusätzlich angestellt (+13%) und 60 000 pensionierte Gesundheitsfachleute wegen Pensionierung ersetzt werden (+30%). Es wird schwierig werden, den erhöhten Bedarf durch qualifiziertes Personal aus der Schweiz und aus der EU abzudecken. In der Praxis ist zu beobachten, dass die Qualifikationsanforderungen zunehmen, während die Löhne stagnieren oder sinken.

Kettenmigration

Kürzlich traf ich im Bus ein kosovarisches Ehepaar, für deren Verbleib in der Schweiz ich mich lange eingesetzt hatte. Sie erzählten mir, ihre drei Töchter seien nun alle Pflegeassistentinnen geworden und hätten sich einbürgern lassen. In der Schweizer Arbeitsstatistik werden die drei Frauen nicht mehr in der Rubrik «ausländische Frauen» erscheinen. Auch nicht die vielen Migrantinnen, die nach einer Heirat Schweizerinnen geworden sind oder sich erleichtert einbürgern lassen konnten. Statistische Zahlen, die nach AusländerInnen und SchweizerInnen differenzieren, sind mit diesem Wissen zu lesen. Ein grosser Teil der im Care-Sektor beschäftigten Schweizerinnen sind in einem anderen Land geboren, was der Definition von Ausländerinnen in internationalen Statistiken entspricht. (Im Unterschied zu letzteren erfasst die Schweizer Statistik jedoch auch die nicht eingebürgerte zweite und dritte Generation von Eingewanderten.)

Die Anzahl der in der Beschäftigungsstatistik erfassten Ausländerinnen

Die Basler Soziologin Anni Lanz engagiert sich seit Jahrzehnten in der Asylbewegung. Sie erhielt 2004 für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Uni Basel. 2005 wurde Anni Lanz im Rahmen des Projektes «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis» als eine von fünf Schweizer Frauen nominiert. (anni.niklaus.lanz@balcab.ch)

Ausgabe 30 der Olympe, *den «Feministischen Arbeitsheften zur Politik», befasst sich mit dem Schwerpunkt Care-Ökonomie, unter anderem mit einem Beitrag von Anni Lanz. Das Heft erscheint im Dezember 2009 und ist für 21 Franken zu bestellen unter www.olympeheft.ch, bestellungen@olympeheft.ch oder Tel. 043 534 08 72.*
Der genaue Link auf das Thesenpapier von Busch/Glättli ist: www.sosf.ch/cms/upload/pdf/thesen_finanzkrise-migration_v06.pdf

sagt nichts über die dahinter stehende Kettenmigration aus, die gerade im Care-Bereich besonders ausgeprägt ist. An der alten Arbeitsstelle der im Schweizer Gesundheitswesen beschäftigten Deutschen beispielsweise arbeitet heute eine polnische Pflegefachfrau, die in Polen von einer Pflegerin aus den Philippinen ersetzt wurde.

Generell herrscht in den OECD-Ländern ein grosser Mangel an PflegerInnen. Immer mehr in den Süd- und Ostländern ausgebildetes Fachpersonal pflegt die Kranken und Betagten in den Nordländern, während in ihren Herkunftsländern grosse Lücken im Carebereich entstehen. Vorwiegend Frauen von Südländern befriedigen die care-ökonomische Nachfrage der Nordländer, während in den Herkunftsländern Frauen aus noch ärmeren Ländern in die Lücke springen. So kommt es zu eigentlichen Kettenmigrationen, wobei die ärmsten Länder keinen Nachschub mehr finden. Dies führt zu dramatischen Unterversorgungssituationen in Südländern, die selbst verhältnismässig viel Geld in die Ausbildung von ÄrztInnen und PflegerInnen investieren. Die Kettenmigration verläuft in umgekehrter Richtung zum Lohngefälle. Untersuchungen zur Migration im Care-Sektor und im Gesundheitsbereich gibt es bis anhin bloss punktuell.[1]

Ausblick

In den migrationspolitischen Debatten – auch der widerständigen Gruppierungen – muss care-ökonomisch nachgedacht werden. Dies gilt auch für die Fragen nach der Beseitigung von Ursachen und Gründen, die zu Migration führen. Migrationspolitisch Engagierte sollten sich vermehrt in die ökonomischen Kritiken und Entscheidfindungen einmischen. Anstatt den Care-Bereich zu industrialisieren, müsste die Güter- und Dienstleistungsproduktion vermehrt der Logik der Care-Ökonomie folgen. Zum Beispiel: Statt Agrarindustrie umweltschonende Landwirtschaftsproduktion, die auf den lokalen und regionalen Bedarf ausgerichtet ist. Statt Handelsliberalisierung von Gütern und Dienstleistungen sowie Finanzliberalisierung müssten sich arme Länder wieder vermehrt vor Billigimporten und unkontrollierten Geldabflüssen schützen können und für den regionalen Bedarf produzieren. Der Care-Arbeit muss ihre effektive ökonomische Bedeutung für das gesellschaftliche Wohlergehen und ein entsprechender Wert zuerkannt werden.

Steueroasen entziehen den Migrationsherkunftsländern enorme Geldsummen, die deren Wohlfahrt empfindlich schwächen. Deshalb ist auch die Diskussion um das Schweizer Bankgeheimnis sowohl ein migrationspolitisch wie auch care-ökonomisch brisantes Thema. Eine Stärkung des öffentlichen Sektors, der sozialen Sicherheit und die Aufwertung von Care-Arbeit in den Einwanderungs- und Herkunftsländern würden den Druck zur Erwirtschaftung von Remissen[2] in der Emigration deutlich mindern. ●

[1] Patricia Pittman et al: International Migration of Nurses, Health Research and Educational Trust, DOI 10.1111, 2007; James Buchan et al: International migration of nurses: trends and policy implications. The Global Nursing Review Initiative, Issue 5, 2005.

[2] Remissen (oder engl.: remittances) sind Gelder, die MigrantInnen in ihre Herkunftsländer zur Unterstützung der dortigen Angehörigen schicken. Remissen sind für viele Herkunftsländer eine der grössten Einnahmequellen und wesentlicher Teil des Bruttosozialproduktes. 2007 war die Summer der registrierten Überweisungen doppelt so hoch wie die gesamte offizielle Entwicklungshilfe.